

Gerechtigkeit für Bhopal-Opfer?

- Der Psycho-Poker von Union Carbide geht weiter -

Während der letzten Monate wurde viel über bestehende Pläne für eine außergerichtliche Klärung zwischen der indischen Regierung und 'Union Carbide Corporation' (UCC) diskutiert. Indische Regierungsquellen betonten, nicht die Furcht vor dem mächtigen Gegner, sondern die Sorge, daß der Prozeß sich über lange Jahre hinziehen könne, habe sie bewogen, eine außergerichtliche Einigung in Betracht zu ziehen. Der Eingangsvorschlag sah 600 Millionen Dollar bei sofortiger Zahlung vor. Die gesamte ursprünglich geforderte Schadensersatzsumme beträgt 3 Milliarden Dollar.

Die Überlegungen scheiterten jedoch am Widerstand der Bevölkerung. Führende Bürger, Politiker der Opposition im Parlament und vor allem die Leidtragenden des Unglücks selbst, äußerten ihre Ablehnung in zahlreichen Erklärungen und Aufrufen und veranstalteten Demonstrationen in Bhopal, New Delhi und anderen indischen Städten. Auch die 'Internationale Vereinigung für Gerechtigkeit in Bhopal' (ICJIB); ein Zusammenschluß internationaler Organisationen, kritisierte die geplante außergerichtliche Einigung (siehe: ICJIB-Erklärung in diesem Heft). Am 27. November 1987 teilten die beiden Parteien - der indische Staat und UCC - mit, daß sie weiter prozessieren werden, sich aber die Option auf eine außergerichtliche Einigung offenhalten möchten.

Mittlerweile hat das District-Gericht in Bhopal eine neue Entscheidung getroffen. Am 17. Dezember 1987 verkündete Richter M.W. Deo, UCC habe einen Vorabschadensersatz in Höhe von 300 Millionen US Dollar zu leisten. UCC hat gegen das Urteil Einspruch eingelegt.

Der folgende Beitrag ist eine Zusammenfassung der Entwicklungen seit dem schrecklichen Unglück im Dezember 1984, das mittlerweile schon fast wieder in Vergessenheit geraten ist. Er versucht, die vielen Widersprüche, in die sich UCC seitdem begeben hat, aufzuzeigen und die Verzögerungstaktik des amerikanischen Unternehmens in Bezug auf den Gerichtsprozeß und die damit verbundenen Entschädigungszahlungen aufzudecken.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung der 'Internationalen Vereinigung für Gerechtigkeit in Bhopal'. Monika Borkowsky hat ihn übersetzt.

Drei Jahre nach dem Unglück von Bhopal haben die Opfer, die überlebten, immer noch unter den Nachwirkungen der Katastrophe zu leiden. Nach einem Bericht des 'Indian Council of Medical Research' (ICMR) vom April 1986 mehren sich die Anzeichen dafür, daß neben den Augen- und Atemwegerkrankungen eine Vielzahl anderer Krankheiten auf das Unglück zurückgeführt werden können. Dazu zählen u.a.: Bewußtlosigkeit, Magen-Darm-Störungen, Schädigungen des Zentralnervensystems, psychische Traumen, Störungen des Allgemeinbefindens, vermehrte Frühgeburten und vorgeburtliche Wachstumsstörungen bei Schwangerschaften.

Die 'New York Times' berichtete am 27.7.86, daß 86.000 Menschen auf Lebenszeit geschädigt sind, ein Drittel davon sehr ernsthaft. Eine andere Studie kommt zum Schluß, daß 25 % der schwer betroffenen Bevölkerung, die untersucht wurde, Anzeichen von

Genveränderungen zeigen ('Madhya Pradesh Chronicle', 22.2.86).

Das 'Industrial Toxicology Research Centre' hat Anzeichen für Schädigungen des Immunsystems bei Überlebenden gefunden, die sie anfällig für Infektionen machen. Es wird außerdem über Veränderungen der Chromosomen berichtet ('New York Times', 30.10.85). Im September 86 hieß es, die Untersuchungen der Lungen der Betroffenen habe Langzeitschäden aufgezeigt ('Times of India', 6.9.86). Anlässlich einer Zusammenkunft der ICMR-Ärzte berichtete Dr. Krishnamurthy von Hornhauttrübungen (unscharfes Sehen) bei der Mehrzahl der Opfer ('Times of India', 27.9.86).

Die verzweifelte Lage der Opfer wird jedoch noch durch das Verhalten von Union Carbide und die Unzulänglichkeit der Hilfsmaßnahmen der indischen Zen-

tralregierung und der Bundesstaatenregierung von Madhya Pradesh verstärkt. Bereits kurz nach der Katastrophe versuchte Union Carbide mit zahlreichen Taktiken, die Haftung zu verringern. Abgesehen davon, daß das Unternehmen die indische Regierung wegen Fahrlässigkeit zum Mitschuldigen erklärte, hat es drei Behauptungen aufgestellt:

- das Leck ist durch Sabotage entstanden;
- die Fabrik in Bhopal wurde von der indischen Tochtergesellschaft, der Union Carbide India LTD. (UCIL) geplant und überwacht;
- die Gesellschaft hat bisher in Bezug auf Sicherheitsmaßnahmen keine Beanstandungen aufzuweisen.

Die Sabotage Theorie

"Zusätzlich zu der vorsätzlichen oder fahrlässigen Einleitung einer großen Menge Wassers in Tank 610 hat die Untersuchungskommission eine Reihe von unabhängig voneinander wirkenden Ereignissen und Umständen aufgedeckt, die alle zusammen zu dem Unglück von Bhopal führten". (Eröffnungsbemerkung von Warren Anderson, Union Carbide, bei einer Pressekonferenz am 20.3.85).

"Sie sind sich vielleicht nicht bewußt, daß die Katastrophe im Dezember 84 das Resultat einer vorsätzlichen Tat eines Unbekannten war...". (Schreiben von Robert A. Seath, Director Corporate Communications, Union Carbide Canada Ltd., 25.6.86).

"Unsere bisherigen Nachforschungen zeigen, daß die Tragödie von Bhopal eine vorsätzliche Tat war. Die Nachforschungen richten sich jetzt auf einen bestimmten Angestellten des Werkes in Bhopal, der unzufrieden war und ausreichend Gelegenheit zum Einfüllen der großen Wassermenge in den Lagertank hatte, was das massive Ausweichen des Gases auslöste". (Union Carbide Pressesprecher in: 'New York Times', 11.8.86).

Union Carbide hat jedoch nie einen wirklichen Beweis für die Sabotage-Theorie geliefert. Tatsächlich wurde das Unternehmen aufgefordert, die Zweifelhaftigkeit dieser Annahme zuzugeben.

"Bei einer Anhörung vor dem Kongress am 26.3.85 sagte Warren Anderson, daß die Firma keinen Grund zu der Annahme hatte, daß das Unglück durch Sabotage entstanden war". ('New York Times', 27.3.85).

"Wir haben überzeugende Anhaltspunkte (einer vorsätzlichen Tat, wenn auch der Beweis als zufällig bezeichnet werden könnte)". (Bud Holmann, Rechtsanwalt von Union Carbide, in: 'New York Times', 18.11.86).

Anwälte, die mit dem Fall vertraut waren und andere, die die Behauptungen von Union Carbide genauer untersucht haben, stehen dem Argument noch kritischer gegenüber.

"Die neueste Beschuldigung von Union Carbide, daß die Giftgaskatastrophe von Bhopal durch Sabotage verursacht wurde, scheint zu den 'Psycho-Tricks' zu gehören, die darauf hinauslaufen, zu einer für den Konzern vorteilhaften Beilegung des Falles zu kommen, sagen die mit dem Prozeß vertrauten Anwälte". ('The Wall Street Journal', 15.8.86).

Der Bericht der 'New York Times' vom 18.11.86 über die Sabotage-Beschuldigung betont, daß deren eigene Untersuchungen über die Ursachen der Katastrophe ergeben haben, "daß eine Vielzahl von Funktionsfehlern, Konstruktionsmängel, fehlende Wartung, mangelhafte Ausbildung und Sparmaßnahmen zu dem Vorfall führten. Viele derartige Fehler passierten auch schon vor dem Unglück".

Keine Haftung für Union Carbide India

Die zweite Verteidigungsstrategie von Union Carbide bestand darin, sich von der Tochterfirma in Indien mit der Begründung zu distanzieren, daß man zwar die Aktienmehrheit habe, aber nicht für die Kontrolle zuständig sei. Diese Argumentation führte zu einigen peinlichen Winkelzügen im Vorgehen der Gesellschaft. Ursprünglich bemüht, den Vorwurf zurückzuweisen, weltweit zweierlei Maßstab im Sicherheitsstandard anzulegen, argumentierte Union Carbide, daß die Werke in Institute, West Virginia, und Bhopal auf den gleichen Plänen basierten. "Am 12.12.84 behauptete Ronald Wishart von Union Carbide, daß das Verfahren bei der Herstellung von Methylisocyanat (MIC) in Indien der gleichen Kontrolle unterliegt wie im Werk in West Virginia". ('New York Times', 13.12.84).



Als sich die Gesellschaft den möglichen Folgen für die US-Geschäfte bewußt wurde, machte sie einen Rückzieher. "Am 12.12.84 sagte C.S. Tyson, ein Sicherheitsangestellter von Union Carbide, daß das Werk in Bhopal 'sich vollkommen von dem in Institute unterscheidet', da es weniger Kontrollinstrumente gibt und manuelle und nicht automatische Systeme nutzt". ('New York Times', 13.12.84). Der Rückzug der Gesellschaft erfolgte noch schneller, als enthüllt wurde, daß ein Bericht von Union Carbide über die Sicherheit des Werkes in Institute, gravierende Mängel aufdeckte, und zwar einige Monate vor der Katastrophe von Bhopal. "Ein Bericht von Sicherheitsbeauftragten des Unternehmens vom 11.9.84 warnte davor, daß eine 'Kettenreaktion' in einem mit MIC gefüllten Tank zu einem Zwischenfall katastrophalen Ausmaßes führen könnte". ('New York Times' 25.1.85).

Union Carbide distanziert sich

"Am 25.1.85 sagte Jackson Browning von Union Carbide, daß der Bericht vom 11.9.84 auf reinen Hypothesen beruht und daß es keinen Grund gab, die Werksleitung in Bhopal davon zu unterrichten". ('New York Times', 26.1.85).

"Die Befolgung der Sicherheitsmaßnahmen ist eine lokale Angelegenheit. Das Werk hätte nicht arbeiten dürfen, ohne diese zu beachten". (Feststellung von Warren Anderson, daß die juristische Verantwortung für den Unfall bei der indischen Tochterfirma liegt, wie die 'New York Times' am 21.3.85 berichtet).

Tatsächlich war es im Fall von Bhopal die Entscheidung der Muttergesellschaft, MIC in großen Mengen zu lagern. Die Muttergesellschaft zeichnet auch verantwortlich für das Sicherheitssystem, das dazu führte, daß eine derart große Menge Gas auswich, um einen solchen Schaden anzurichten.

"Die Entscheidung, MIC in größerem Umfang als überhaupt benötigt zu lagern, war eine amerikanische Entscheidung, überwacht von Amerikanern. Die gesamte Entscheidung zur Errichtung des Werkes war von Amerika getroffen... Die gesamte Technologie war eine genaue Kopie des Werkes in Institute, West Virginia". (Abschrift der Anhörung vor dem 'Second Circuit of the US Court of Appeals', 24.11.86, Seite 10).

"Eine dem amerikanischen Gericht vorliegende eidesstattliche Versicherung eines technischen Beauftragten von Union Carbide, der nach Indien geschickt wurde um die Möglichkeit für den Bau des Bhopal Werkes zu untersuchen, bezeugt, daß die Mutterfirma auf riesigen Lagertanks für MIC bestand, ungeachtet der Einwände des Leiters der indischen Tochterfirma. Union Carbide India Ltd. argumentierte, daß nur eine Lagerung..., vorzugsweise in kleinen, getrennten Behältern, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus Sicherheitserwägungen nötig sei". (Eidesstattliche Versicherung von Edwar Munoz, 24.1.85, Judicial Panel on Multidistrict Litigation, MDL Docket No. 626).

Union Carbides Gesundheitsbericht

"Unser Sicherheitsbericht ist ausgezeichnet - einer der besten der Industrie". (Warren Anderson - Abschrift von Union Carbide Corp. Jahrestreffen 23.4.86, Seite 75).

"Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz sind keineswegs Nebensächlichkeiten neben dem Hauptgeschäft von Union Carbide. Es ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Aufgaben, einen besseren Standard als alle anderen in Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltfragen zu erreichen und zu erhalten... Die Richtlinien von Union Carbide für Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz besagen weiter, daß die Geschäfte in Übereinstimmung mit entsprechenden Gesetzen und Regelungen und mit beständigem Interesse für die Umwelt, Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern und der Bevölkerung führen will. In vielen Bereichen, wo Union Carbide es für angemessen erachtet, gehen



unsere Vorkehrungen über die rechtlich notwendigen hinaus...". (Brief von Union Carbide an Aktionäre, 7.4.87).

Ein Rückblick auf den Sicherheitsbericht von Union Carbide im Werk von Institute und in anderen Ländern wirft ein anderes Licht auf diese Behauptung. Am 11.8.85 wurden durch ein Giftgasleck im Werk von Institute 135 Personen verletzt. Zwei Tage danach geschah ein weiterer chemischer Unfall im Werk von Charleston, West Virginia. "Union Carbide übertritt absichtlich ihre eigenen Firmenrichtlinien, den Standardwert der Industrie sowie die amerikanischen Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen". (Patrick Tyson, amtierender Leiter der amerikanischen Arbeitsschutz- und Gesundheitsbehörde - OSHA - in: 'New York Times', 2.10.85. Die erwähnte Behörde verurteilte Union Carbide zu einer Geldstrafe in Höhe von

Erklärung

Die 'Internationale Vereinigung für Gerechtigkeit in Bhopal' ('International Coalition for Justice in Bhopal; ICJIB) ist ein Zusammenschluß von sieben Organisationen. Mitglieder sind: 'Asian Regional Exchange for New Alternatives', Hongkong; 'Bhopal Action Resource Centre', New York; 'Bhopal Disaster Monitoring Group', Tokio; 'Bhopal Never Again Action Group', Utrecht/Niederlande; 'Bhopal Trade Union Solidarity Group', London; 'Bhopal Victims Support Committee', Southall/England; 'International Organisation of Consumer Unions', Penang/Malaysia. Nachfolgend die - von uns gekürzte - Erklärung des ICJIB in deutscher Übersetzung zu der Vorgehensweise von Union Carbide und den Versuchen, sich außergerichtlich zu einigen. Die Übersetzung besorgte Maria Ringler.



Voreilige Schlichtungsgespräche

In Bhopal wurde eine 'Internationale Vereinigung für Gerechtigkeit...' mit folgenden Zielsetzungen gegründet:

1. Wahrung der Interessen der Bhopal Opfer durch eine schnelle und angemessene Entschädigung.
2. Diejenigen, die an der Bhopal Katastrophe beteiligt waren, sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Diese Ziele scheinen derzeit infrage gestellt zu sein. In indischen und amerikanischen Presseberichten hieß es kürzlich, daß Union Carbide und die indische Regierung Verhandlungen mit dem Ziel einer entgültigen Einigung aufnehmen wollen. Die Berichte geben Anlaß zur Sorge, daß solche Verhandlungen zu voreiligen und völlig unangemessenen Regelungen führen werden...

Gründe für eine Einigung

Die Vorgehensweise von 'Union Carbide' - vom Tag des Unglücks bis heute - stellen die Ernsthaftigkeit, eine

faire und gerechte Lösung anzustreben, in Frage:

- Carbides Vertreter Warren Anderson hat Erklärungen abgegeben, die eine "moralische Verantwortung" für die Bhopal Katastrophe anerkannten. Carbide bestreit jedoch in allen Gerichtseingaben nachdrücklich jede rechtliche Haftung und hat einiges unternommen, um sich jeglicher Verantwortung zu entziehen...

- Obwohl immer wieder auf die sich verschlechternden Bedingungen für die Opfer hingewiesen wurde, hat Carbide in diesem Prozeß jede nur mögliche Verzögerungstaktik angewandt...

- Carbide hat sein Vermögen in einer Art und Weise veräußert, daß dieses bei einem Urteil eventuell nicht ausreichen wird, um die Entschädigung zu leisten. Dies hat dazu geführt, daß das Gericht in Bhopal Carbide aufgefordert hat soviel Geldmittel bereitzuhalten, daß im Bedarfsfall die Forderungen der indischen Regierung in Höhe von über drei Milliarden US \$ gezahlt werden können.

- Carbides mangelnde Berücksichtigung der sich verschlechternden Lage der Opfer ... wird klar verständlich, wenn man die Art und Weise betrachtet, wie Carbide auf den Wunsch Richter Keenans reagierte. Dieser hatte das Unternehmen aufgefordert, Gelder für einstweilige Entschädigungszahlungen (Soforthilfe) zur Verfügung stellen. Carbide stellte daraufhin einen Betrag in Höhe von fünf Millionen US \$ zur Verfügung, der vom Rote Kreuz verwaltet werden sollte. Gemäß den Aussagen eines Mitarbeiters des Unternehmens wurden drei Millionen dieses Betrages, die "vor zwei Jahren angeboten wurden...bis heute nicht ausgegeben" (Times of India, 5.4.87). Bereits am 2.4.87 forderte Richter Deo Carbide auf, überlebensnotwendige Entschädigungsleistungen für die Opfer zu gewähren. Carbides Antwort darauf war - mehrere Monate später (17.8.87) - ein Angebot von 4,6 Millionen US \$; eine Summe, die von dem indischen Generalstaatsanwalt K. Prasan, als "nicht ausreichend" (New York Times, 18.8.87) bezeichnet wurde. Die Antwort erfolgte nach viereinhalb Monaten, obwohl Carbide bereits am 4.4.87 in einer Erklärung der Zentrale in Danbury Richter Deos Vorschlag als "eine aufrichtige, konstruktive und humanitäre Anstrengung, die den Opfern Hilfe bringen könnte", begrüßt hatte. Carbide erklärte weiterhin, daß eine einstweilige Entschädigung als notwendig erachtet werde...

- Carbides Anstrengungen, sich der Verantwortung zu entziehen, werden an einer Kampagne, die eine "Sabotage Theorie" propagiert, deutlich. Bis heute ist Carbide nicht in der Lage, die geforderten Beweise für diese Theorie herbeizubringen.

- Im April 87 ging Carbide in die Offensive. Robert D. Kennedy, Vorsitzender von Union Carbide, gab in einem Brief an alle Angestellten den "indischen Behörden" die Schuld für die eingetretenen Verzöge-

rungen (Times of India, 4.4.87). In dem Brief beschuldigte Kennedy die indische Regierung, "eine Kampagne der Verunglimpfung gegen Carbide zu führen". Ferner behauptete er, daß "die Opfer und ihre Belange nur eine untergeordnete Rolle gegenüber der indischen Politik und Habgier spielen"...

- Carbide erhöhte im Juni 85 das gemachte Entschädigungszahlungsangebot von 200 auf 230 Millionen US \$.

Ein indischer Journalist beschrieb das lächerliche Angebot folgendermaßen: "Wenn das Angebot von 230 Millionen US \$ unter den 200.000 Überlebenden gleichmäßig verteilt würde, würde jeder Betroffene etwas mehr als 1000 \$ erhalten - eine armselige Summe, verglichen mit den medizinischen Kosten und dem lebenslangen Verdienstausfall, der in einer solchen Regelung zumindest abgedeckt sein sollte". (Business India, 15.-28.7.87)...

Der Versuch Indiens

...Die indische Regierung darf in Bezug auf folgende Punkte keine Kompromisse eingehen:

- Verantwortung und Haftung

Die Regierung Indiens verklagt Union Carbide nicht als Privatpartei in einer normalen Schadenssache. Sie versucht vielmehr, wichtige Forderungen durchzusetzen. Zum Beispiel sollen Multinationale Konzerne, die an Unternehmen, die als 'gefährlich' bezeichnet werden könnten, beteiligt sind, auch für jeden Schaden und jedes Unrecht, voll verantwortlich gemacht werden können...

- Einstweilige Entschädigung

Die indische Regierung hat erkannt, daß die grundsätzliche Forderung nach der Verantwortung von multinationalen Unternehmen nicht auf Kosten der momentanen Bedürfnisse der Opfer erreicht werden kann. Dies war auch Richter Deos Haltung. Beide versichern, daß bei einer einstweiligen Entschädigung die Opfer nicht gezwungen werden sollen, ihre Forderungen zurückzunehmen und Kompromisse zu machen, indem sie eine nicht angemessene Regelung akzeptieren.

- Gewaltige Aufgaben der Wiedergutmachung

Bei einer Festschreibung der Forderungen auf über 3 Milliarden US \$ berücksichtigt die indische Regierung sowohl das gewaltige Ausmaß des zugefügten Schadens an den Opfern, als auch die immensen Kosten für eine effektive Wiedergutmachung. Regelungen, die diese umfassenden Forderungen nicht berücksichtigen, würden keine gerechte Lösung darstellen und die Geschädigten zusätzlich belasten.

- Schutz der Opfer

Die indische Regierung und die indische Gerichtsbarkeit schützen Opfer vor einer Übervorteilung durch Rechtsanwälte, die Mandanten Anteile der Streitsumme als Gebühr berechnen (contingency fees). Dies ist in Indien verboten. Dies sollte, im Falle einer Einstellung, auch für amerikanische Rechtsanwälte gelten. Daß so gesparte Geld sollte den Opfern zugute kommen.

1,4 Millionen US \$ für die Verletzung von Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen in dem Werk in Institute.

"(Die Geldstrafe der OSHA) war eine notwendige und angemessene Antwort auf einen typischen Zustand der Gleichgültigkeit und die aus unserer Sicht bewußte Nichtbeachtung der Gesundheit und Sicherheit. Wir waren sehr überrascht, derart bewußte, offenkundige und absichtliche Übertretungen auf solch breiter Basis vorzufinden". (US-Secretary of Labour, William E. Brock, in: 'Chemical and Engineering News', 7.4.86). Gemäß 'Chemical and Engineering News' am 4.2.85 informierte Union Carbide im Januar 85 die amerikanische Umweltschutzbehörde, daß während der Zeit von 1980 bis 1985 insgesamt 190 MIC und Phosgenlecks im Werk von Institute vorkamen. Von 1965 bis 1973 wurde im gleichen Werk in 86 Fällen das Austreten von Gift einschließlich MIC von Union Carbide dokumentiert.

Während der letzten fünf Jahre wurden 6.928 Giftunfälle, die in den USA vorkamen, innerhalb der Industrie bekannt ('New York Times', 3.10.85). Allein 3 % hiervon gehen auf das Konto des Union Carbide Werks in Institute. Der Unfallserie in Werken des Unternehmens beginnt schon in den 30-er Jahren und beschränkt sich nicht nur auf Werke in den USA (siehe Tabelle).

TABLE I: DOCUMENTED UNION CARBIDE CORPORATION TOXIC INCIDENTS WORLDWIDE, 1973-1985

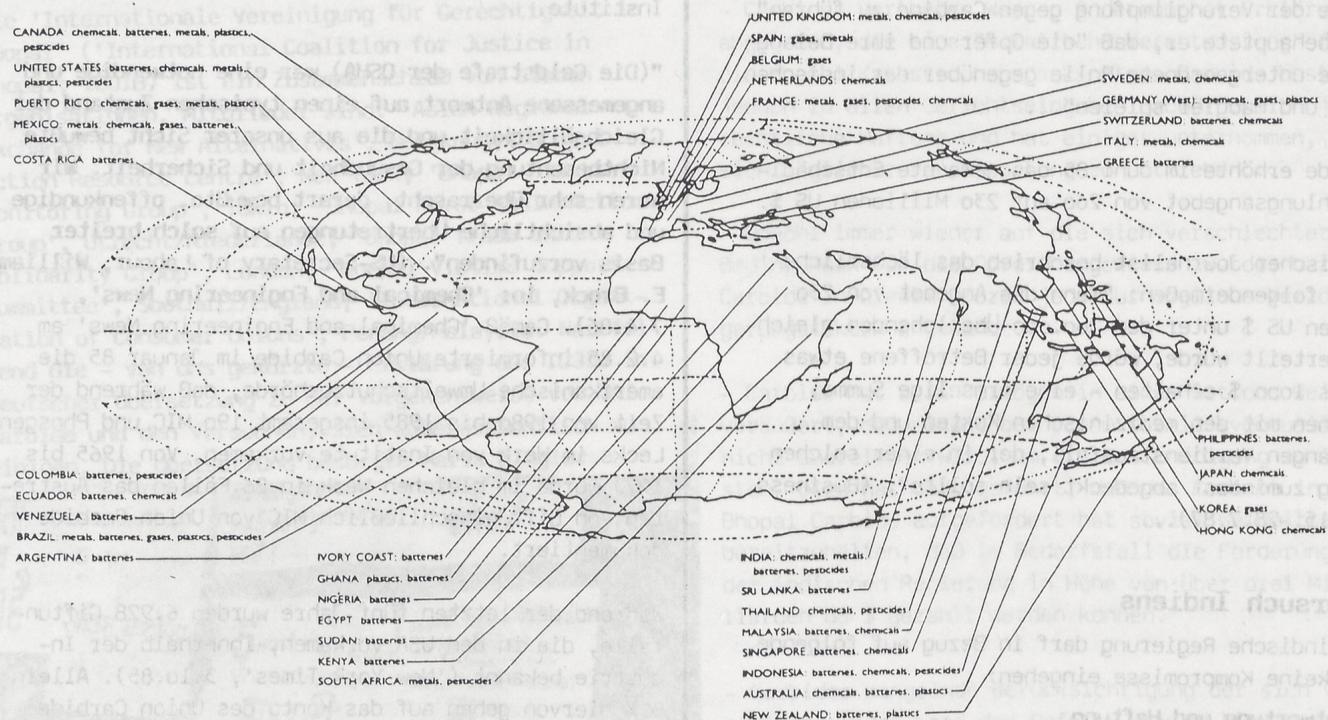
- Ponce, Puerto Rico (1971): One worker was killed by the leakage of benzene gas at a Carbide petrochemical complex. One other worker was seriously injured. Reportedly, three workers were killed as a result of a similar occurrence in 1972.
- Antwerp, Belgium (February 10, 1975): Six workers were killed in an explosion at a Carbide plant. Twenty-five others were injured.
- Bhopal, India (November 24, 1978): An intense and costly fire occurred within an alpha napthol storage area of the Union Carbide plant.
- Bhopal, India (December 26, 1981): A deadly phosgene gas leak resulted in the death of the plant operator.
- Bhopal, India (January 1982): A phosgene gas leak seriously incapacitated 28 people.
- Bhopal, India (October 5, 1982): Methyl isocyanate based gaseous production seriously injured four plant workers. Several members of neighbouring colonies suffered severe respiratory difficulties as a result of the accident as well.
- Taft, Louisiana (December 11, 1982): A storage tank containing acrolein exploded resulting in the evacuation of 17,000 individuals. Many cases of adverse health effects were reported following the accident.
- Marietta, Ohio (1983): A Carbide Corporation landfill was found to contain 30 times the allowable safe level of dioxin contaminants by the Environmental Protection Agency.
- Bhopal, India (December 2-3, 1984): A runaway reaction of methyl isocyanate in a Union carbide pesticide plant resulted initially in the death of 2,500 to 10,000 individuals. Upward of 20,000 people were injured.
- Institute, West Virginia (August 11, 1985): Toxic gases leaked from a Carbide pesticide plant despite the addition of new safety systems which were retrofitted in reaction to the Bhopal tragedy. One hundred and thirty-five people were hospitalised. The toxics released were aldicarb oxime and methylene chlorine.
- South Charleston, West Virginia (August 26, 1985): A poisonous hydrochloric acid leak occurred causing road closures but no reported injuries.

Source: Anil Agarwal, Juliet Merrifield, and Rajesh Tandon, "No Place to Run: Local Realities and Global Issues of the Bhopal Disaster" Highlander Center, New Market, Tennessee 1985 and various printed media articles.

Verzögerungstaktik

Eine weitere Taktik, die von Union Carbide bei den Gerichtsverfahren angewendet wurde, ist die möglichst lange Hinauszögerung des Falles. Am 29.7.85, vier Monate, nachdem die indische Regierung wegen des Unglücks gegen das Unternehmen in New York Klage erhoben hatte, bat Union Carbide um Abweisung aller vorgebrachten Ansprüche im Zusammenhang mit dem Leck und behauptete, daß die USA nicht der richtige Ort für den Prozeß seien und daß er in Indien stattfinden

**UNION CARBIDE OPERATIONS:
COUNTRIES AND PRINCIPAL PRODUCTS**



solle. Diese Forderung steht im Widerspruch zu der ursprünglichen Argumentation, daß es nicht gerechtfertigt sei, "die Klage gegen den Beschuldigten Nr. 1 (Carbide) in Bhopal zu erheben". (Antwort von Union Carbide im Streitfall Yunus Farhas v. Union Carbide, dem Gericht von Bhopal vorliegend).

Am 20.5.86 baten sowohl der Anwalt von Carbide als auch die Anwälte der Einzelkläger Richter Keenan, seine gerichtliche Entscheidung vom 12.5. zu ändern. Hiernach folgte eine Verzögerung von 5 Monaten, während Richter Keenan versuchte, die Parteien zu bewegen, sich außergerichtlich zu einigen. Am 28.5.86 lehnte er eine Änderung seiner Entscheidung ab. Am 12.6.86 behielt sich Carbide die Rechte vor, gegen die Keenan-Entscheidung Berufung einzulegen und legte gegen eine der hierin enthaltenen Bedingungen am 10.7.86 beim amerikanischen Berufungsgericht Berufung ein. Am 18.11.86 reicht Union Carbide die Antwort an die indische Regierung dem Distriktgericht von Bhopal ein - 6 Wochen nach dem letzten Stichtag, der vom Gericht festgesetzt war. Am 13.1.87 gab die Firma bekannt, daß sie das indische Gericht um Aufschub bis zur Entscheidung des US-Berufungsgerichtes ersucht hat. Am 25.2.87 teilten Union Carbide nahestehende Quellen mit, daß die Gesellschaft beabsichtigt, alle früheren Entscheidungen des Richters von Bhopal anzufechten ('New York Times', 26.2.87). Am 15.6.87 beantragte Carbide beim Gericht in Bhopal, den Prozeß bis Oktober zu vertagen. Die Begründung war, man könne sich in Indien nicht verteidigen, solange in den USA noch Forderungen in der Schwebe seien ('New York Times', 16.6.87). Dieser Verzögerungsstrategien bediente sich das Unternehmen auch in anderen Streitfällen.

Verminderung des Vermögens

Kurz nach dem Unglück behauptete die Geschäftsführung von Union Carbide, daß der Unfall keine nachteilige Wirkung für das Unternehmen habe. "Wir haben ausreichenden Versicherungsschutz, um allen Verpflichtungen nachkommen zu können". (Jackson Browning, 2 Tage nach dem Unfall in: 'New York Times', 6.12.84).

1984 hatte Union Carbide ein Gesamtvermögen von 9,8 Mrd. US \$. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft betragen 2,3 Mrd. \$, das Aktienkapital 4,9 Mrd. \$ was einem Wert von 23,30 \$ pro Aktie entspricht. Für 1986 wurde das Gesamtvermögen um 2,2 Mrd. \$ auf 7,6 Mrd. \$ verringert. Die langfristigen Verbindlichkeiten stiegen um 33 % auf 3,1 Mrd. \$. Das Aktienkapital sank um 3,9 Mrd. \$ auf nur noch 1 Mrd. \$ (7,87 \$ pro Aktie).

Um eine weitere, bewußte Verringerung des Vermögens des Unternehmens zu verhindern erließ das Gericht von Bhopal am 17.11.86 eine Verfügung, die Union Carbide am weiteren Verkauf von Vermögensteilen hinderte. Am 30.11.86 stimmte Carbide zu, 3 Mrd. US \$ an unbelastetem Vermögen zu belassen, um möglichen künftigen Verurteilungen durch das Gericht nachzukommen (die indische Regierung verlangt mindestens 3 Mrd. \$ Schadensersatz). Nach Schätzungen der 'Citizens Commission of Bhopal', einer Vereinigung von zahlreichen Organisationen in den USA beträgt der Ausgleich allein für den ökonomischen Verlust durch die Katastrophe schon 4,1 Mrd. \$. Union Carbide hat 300-350 Millionen \$ in Schlichtungsgesprächen angeboten.

Publik Relations Kampagne

Neben den Versuchen, die Höhe der Haftung zu minimieren, leitete der Konzern eine groß angelegte PR-Kampagne ein. Sie basierte, außer der Betonung der verbalen Verpflichtung für Gesundheit und Sicherheit und einer Wiederholung der unrealistischen Sabotage-Behauptung, auf folgenden Behauptungen:

- Die entwichene Substanz konnte keinen solchen Schaden anrichten;
- Es war eigenes Verschulden der Verletzten;
- Es gibt Beweise dafür, daß durch MIC nur geringe Schäden entstehen;
- Die vom Konzern angebotene Wiedergutmachung ist angemessen.

"Das Gas ist ungiftig. Man muß sich nur ein nasses Handtuch über die Augen legen". (L.D. Loya, Sanitäter bei Union Carbide India am 3.12.84, in: 'No place to run').

"MIC ist lediglich ein Reizstoff, aber nicht tödlich". (J. Mukund, in: 'No place to run').

"MIC ist zwar unzweifelhaft eine giftige Chemikalie, doch lediglich eine von Hunderten, die überall in der Welt benutzt werden". (Eidesstattliche Erklärung von William M. Snellings zur Unterstützung des Antrages von Union Carbide, die Klage abzuweisen).

Die Vorlagen von Union Carbide an das amerikanische Arbeitsministerium und verschiedene, von ihr in Auftrag gegebene Gutachten zeigen, daß das Unternehmen durchaus die Gefahren kannte. So ist bekannt, daß Kontakt mit MIC Brennen der Haut und Augen verursacht, Dämpfe zu Reizungen, Schmerzen in der Brust und Husten führen. Eine von Carbide in Auftrag gegebenes Gutachten des Mellon Institutes der Carnegie Universität beschreibt das Einatmen von MIC als lebensgefährlich.

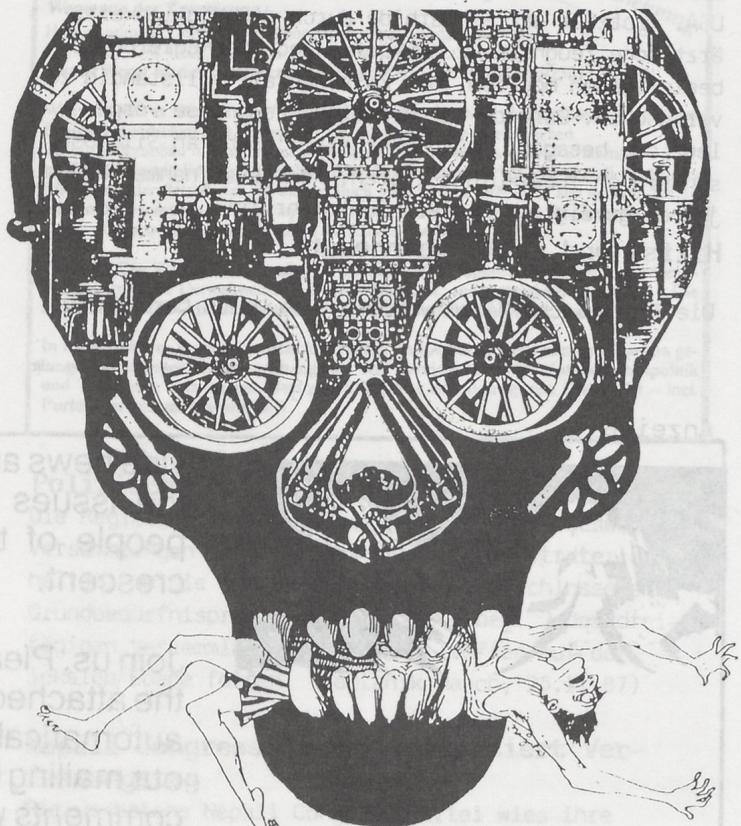
Als bekannt wurde, daß MIC nicht das einzige entwichene Gas war und das sich auch andere Gase im Tank gebildetet hatten, begann Union Carbide mit einer Erklärungskampagne, um den Verdacht einer möglichen Zyanid- oder Phosgenvergiftung herunterzuspielen. Dies führte zu weiteren Ungereimtheiten auf Seiten des Unternehmens, das nunmehr erklärte, alles spreche für einen Zwischenfall mit MIC und nicht mit Phosgen- oder Zyanidgasen. Es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, daß Zyanid tatsächlich ein mögliches Resultat der Aufspaltung von MIC ist und das sich Union Carbide dessen wohl bewußt ist.

Den Opfern die Schuld geben

Union Carbide hat versucht, den Opfern selbst die Schuld für ihre Verletzungen zu geben und behauptet,

die Leute in Bhopal hätten Tuberkulose und andere endemische Krankheiten. Deshalb müsse die Vorgeschichte eines jeden Opfers überprüft werden, um zu entscheiden, ob die Erkrankung oder der Tod durch MIC entstanden ist.

"Das MIC bildete eine dicke Wolke dicht über der Erde; Kinder starben aufgrund der noch nicht voll entwickelten Lungen, die Älteren aufgrund der verminderten Lungenkapazität, die Weglaufenden, weil die Lungen sich zu schnell erweiterten. Unter den Überlebenden waren diejenigen, die stehenblieben und ihr Gesicht mit einem Taschentuch bedeckten...". (Beobachtung von Peter Halberg, einem der drei Ärzte, die von Union Carbide nach Bhopal geschickt wurde, in: 'New York Medical College Newswire, 20.2.85').



Die Katastrophe von Bhopal war nicht der erste Fall, in dem Union Carbide den Opfern die Schuld zuschieben wollte, die durch Vernachlässigungen der Sicherheitsvorkehrungen entstanden waren. Als 1933 Hunderte von Arbeitern, die in einem Werk von Carbide in West Virginia zum Abbau von Kieselsäure eingestellt waren, an Silikose starben, versuchte das Unternehmen, sich durch die Behauptung zu verteidigen, daß die Arbeiter nicht Kieselsäure ausgesetzt waren, sondern an Tuberkulose erkrankt seien. Eine ähnliche Verteidigungsstrategie begann Union Carbide auch nach dem Vorfall von Bhopal.

Beschaffung von Beweisen

Carbide unterstützt finanziell die Arbeit von drei medizinischen Organisationen in Bhopal. Wie Aktivisten in Bhopal mitteilen, werden diese Organisationen unterstützt, um medizinische Beweise zu erbringen, die für die Argumentation des Unternehmens spre-

chen. Die drei Organisationen haben Berichte herausgegeben, die das völlige Gegenteil dessen besagen, was in Berichten des 'Indian Council of Medical Research' oder 'Medico Friend Circle' sowie anderen indischen und ausländischen Institutionen erwähnt wird. Die von Carbide unterstützten Organisationen behaupten beispielsweise, die Verletzungen und Schädigungen von Personen hätten bereits vor dem MIC-Leck bestanden.

Es ist nicht das erste Mal, daß Carbide sich dieser Taktik bedient. Eine neuere Untersuchung über das Werk des Unternehmens in Haw's Nest schätzt die Zahl der Todesopfer durch Silikose vorsichtig auf 764 und bezeichnet es als größte industrielle Katastrophe der USA. Trotzdem war es Carbide durch die Möglichkeit, ärztliche Zeugnisse zu erkaufen und die Regierung zu beeinflussen möglich, den Zwischenfall vollständig zu vertuschen. Carbide hat ärztliche Zeugnisse vorgelegt, die besagen, daß die Arbeiter nicht an Silikose sondern an Tuberkulose litten. Röntgenaufnahmen haben jedoch gezeigt, daß dies nicht wahr ist.

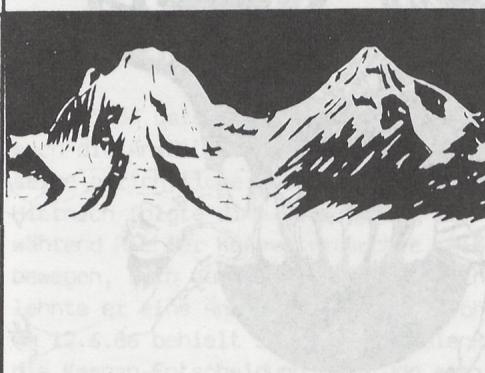
Hilfs- und Zahlungsangebote

Die 'moralische Verantwortung' von Union Carbide für

die Katastrophe ist in Frage gestellt, wenn man die Höhe der Entschädigung betrachtet, die in Schlichtungsverhandlungen angeboten wurde. Nach Schätzungen der 'Citizens Commission of Bhopal' ist ein Betrag von mehr als 4 Milliarden US \$ erforderlich, um die Opfer zu entschädigen. Die indische Regierung verlangt mehr als 3 Milliarden \$. Im ersten Quartal 1985 bot Carbide 100 Millionen \$ als Entschädigung an. Im Mai 1985 erhöhte man den Betrag auf 230 Mio. und im März 1986 schlug man 350 Mio. \$ vor - mehr als das dreifache des ursprünglichen Angebots. Das letzte Angebot würde weitgehend durch die Versicherung der Gesellschaft gedeckt.

Im August 1985 bot die Manville Corporation 2,5 Milliarden US \$ für etwa 60.000 Schadensersatzforderungen an, die durch Asbestvergiftungen verursacht wurden. Und auch das Unternehmen H. Robins zahlte 520 Mio. \$ zur Begleichung von 9450 Forderungen in Zusammenhang mit einem Unfall. Aus der Bhopal Katastrophe resultieren über 400.000 Forderungen. Es ist deshalb verständlich wenn Richter Keenan das letzte Ausgleichsangebot von Carbide als vollkommen unzureichend bezeichnete.

Anzeige



Join HIMAL

As the need for common approaches to Himalayan development becomes increasingly obvious, so does the necessity of an open-minded, independent periodical to address the issues unique to the mountain environment of south-central Asia. This new monthly, HIMAL, will pro-

vide news and analysis of the issues that affect the people of the Himalayan crescent.

Join us. Please send back the attached slips that will automatically put you on our mailing list, enclose any comments you have on this prototype issue. If all slips have been taken, write:

HIMAL
P.O.Box 42
Lalitpur, Nepal

siehe auch Seite 51

YES, I am interested in HIMAL. Please include me in your mailing list.

Name _____
Street _____
Town _____
Country _____

Postal Code _____